Handelsverträge

INFO

Aktuelle Handelsabkommen in der Kritik *In den letzten Jahren hat die EU die Handelsabkommen TTIP, CETA, TiSA und EPAs mit unterschiedlichen Staaten verhandelt. Diese Abkommen sind zunehmend in die Kritik geraten. Worum geht es dabei?*

TTIP *ist die Abkürzung für »Transatlantic Trade and Investment Partnership«, also die »Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft« zwischen den USA und der Europäischen Union. Mit dem TTIP-Vertrag sollen sowohl Zölle (»tarifäre Handelshemmnisse«), als auch zollfremde Maßnahmen (»nicht-tarifäre Handelshemmnisse«) abgebaut werden. Letzteres heißt, dass alle möglichen Auflagen und Standards für importierte (aus dem Partnerland eingeführte) Produkte angeglichen werden. Neben reinen technischen und Produktstandards kann das auch Umwelt- und Gesundheitsschutzvorschriften, Arbeits- und Sozialstandards, Datenschutzrechte, Finanzmarktregeln und vieles mehr betreffen. Damit sind wichtige Errungenschaften im öffentlichen Interesse bedroht.*

Weitere Kritikpunkte an den Verhandlungen sind ihre Geheimhaltung sowie der Einfluss von Großkonzernen, während die Kritik aus der Zivilgesellschaft kein Gehör findet. Parlamente bekommen den Vertrag erst nach Abschluss der Verhandlungen vorgelegt und können ihn dann nicht mehr ändern. Viele befürchten, dass so die Wunschliste der Konzerne als zukünftige internationale Wirtschaftspolitik vertraglich festgeschrieben wird. Besonders umstritten sind die geplanten Schiedsgerichte, vor denen ausländische Investoren gegen Staaten klagen können, wenn sie durch demokratisch beschlossene Änderungen von Gesetzen weniger Gewinn machen. Zudem sollen Lobbygruppen durch die Einrichtung eines Regulierungsrates künftig systematisch Einfluss auf laufende Gesetzgebungsprozesse bekommen.

Als Vorlage für TTIP kann CETA*, das »Comprehensive Economic and Trade Agreement«, das »Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen« gesehen werden. Dieses Abkommen hat die EU-Kommission von 2009 bis 2014 mit Kanada unter strenger Geheimhaltung verhandelt. Während Öffentlichkeit und Parlamente ausgeschlossen blieben, erhielten auch hier Unternehmenslobbyisten erheblichen Einfluss auf den Vertragstext. CETA gilt einerseits als »Hintertür« für TTIP, denn auch hier sind die umstrittenen Schiedsgerichte festgeschrieben und ermöglichen es internationalen Konzernen, mit Hilfe kanadischer Tochterfirmen zu klagen. Andererseits gilt CETA als »Blaupause« für TTIP, da es bei Anwendung dieses Abkommens, das TTIP im Kern ähnelt, schwieriger werden wird, TTIP zu verhindern. Dies betrifft unter anderem die Liberalisierungsvorschriften zu öffentlichen Dienstleistungen, die Ermöglichung von Fracking, die Einfuhr von gentechnisch veränderten Lebensmitteln in die EU und die Infragestellung sozialer und ökologischer Vergabekriterien in der öffentlichen Beschaffung.*

Ähnliches gilt auch für das TiSA-Abkommen*, das die EU seit 2012 mit den USA und 21 weiteren Staaten verhandelt. Durch dieses »Trade in Services Agreement« (Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen) sollen Dienstleistungen von »Handelshemmnissen« befreit werden. Auch das kann demokratisch beschlossene Regelungen im Umwelt- und Verbraucherschutz- sowie Sozialstandards betreffen. Trotz der schlechten Erfahrungen aus der Finanzkrise ist eine weitere Liberalisierung der Finanzmärkte geplant. Der digitale Handel, Telekommunikation und Transport sind in die Verhandlungen mit eingeschlossen. Öffentliche Dienstleistungen sollen möglichst vollständig an private Unternehmen übergeben werden.Immer mehr Kommunen und auch Staaten versuchen gerade, den teuren Irrweg der Privatisierung rückgängig zu machen und ihre Unternehmen zurückzukaufen. Berlin und Paris z. B. haben ihre Wasserbetriebe zurückgekauft. Mit TiSA soll nun festgelegt werden, dass Privatisierungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können.*

EPAs *sind sogenannte »Economic Partnership Agreements«, also »Wirtschafts-Partnerschafts-Abkommen« mit wirtschaftlich schwachen Ländern. Die EU-Staaten wollen ihrer Industrie den Zugang zu Rohstoffen (zum Beispiel Erdöl, Holz oder Metalle) aus diesen Ländern sichern. Außerdem sollen die Märkte für Waren aus der EU geöffnet werden, was den Aufbau eigener Industrien oder Landwirtschaftsbetriebe verhindert und dazu führt, dass den Staaten wichtige Zolleinnahmen fehlen. Und schließlich wurden weitere Verhandlungen vereinbart, in denen es künftig auch um öffentliche Dienstleistungen und öffentliche Aufträge gehen soll.*